

Ärzte-Aktion

Gemeinsame Aufforderung aus der deutschen Ärzteschaft an Prof. h.c. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery zur sofortigen Niederlegung aller seiner Ämter

Wir stehen vor einem Schritt, der so in der Geschichte der deutschen Ärzteschaft noch niemals gegangen werden musste. Wir stehen vor dem Rücktritt des noch amtierenden Präsidenten unserer deutschen Bundesärztekammer. Wir fordern Prof. h.c. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery auf, unverzüglich von seinen sämtlichen Ämtern und Funktionen zurückzutreten, in denen er erklärt, im Namen deutscher Ärzte und für diese zu handeln.

In diesen Tagen verdichten sich die Hinweise, dass der Präsident der Bundesärztekammer seine Kollegen, die Vertreter der Landesärztekammern, die Delegierten des Deutschen Ärztetages, die Fach- und Tagespresse und also neben der allgemeinen Öffentlichkeit insbesondere die gesamte Ärzteschaft sinnenstehend unvollständig über seine Arbeit insbesondere an einer neuen Gebührenordnung für Ärzte informiert hat. Es steht zu befürchten, dass sein Verhalten schon jetzt für eine unabsehbare Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen Nachteile gebracht hat. Um drohenden weiteren Schaden von der deutschen Ärzteschaft abzuwenden, erscheint unabweisbar geboten, ihn nun zu einem umgehenden, vollständigen Ämterverzicht aufzufordern.

Ausweislich eines wohl ursprünglich als vertraulich angelegten Protokolls aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, das glaubhaften Pressemeldungen zufolge jetzt an die Öffentlichkeit gelangt ist, hat Prof. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery die Interessen der Ärzteschaft in schwerer Weise geschädigt. Aktuell steht unausgeräumt der Verdacht im Raum, dass Dr. med. Frank Ulrich Montgomery in Fragen der künftigen Vergütung seiner Kollegen an verschiedenen Orten einander widersprechende Angaben zu seinen Plänen und Absichten für die Ärzteschaft gemacht hat. Einerseits hat er gegenüber dem Außerordentlichen Deutschen Ärztetag bekundet, einer der Ärzteschaft nachteiligen „Bürgerversicherung“ durch Regelgestaltung aktiv entgegenzuwirken. Andererseits hat er dem veröffentlichten Protokoll zufolge gegenüber dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages im Gegenteil erklärt, einer solchen „Bürgerversicherung“ durch eine neue GOÄ dienlich den Weg zu bereiten.

Wir haben damit zu besorgen, dass jedes weitere Handeln von Dr. Frank Ulrich Montgomery weiteren Schaden für den freien Arztberuf und die medizinische Versorgung bedeuten könnte. Wir halten deswegen die Zeit für gekommen, ihn seiner sämtlichen Ämter, insbesondere als Präsident der Bundesärztekammer, zu entheben.

Wir gehen nach allem heute davon aus, dass der amtierende Präsident der Bundesärztekammer die Interessen der Ärzteschaft nicht mehr sinnvoll vertritt oder vertreten kann und dass er damit keinesfalls mehr befugt ist, noch jemals im Namen der deutschen Ärzte zu sprechen oder weitere Verhandlungen in deren Namen zu führen.

Wir stellen fest, dass er durch seine naheliegend anzunehmenden Zuwiderhandlungen gegen elementare Interessen der deutschen Ärzteschaft jedenfalls auch das Recht verloren hat, noch weiter als per Wahl legitimer Präsident der deutschen Bundesärztekammer in deren Aufgabengebieten zu sprechen.

Wir fordern daher hiermit unsere sämtlichen Vertreter in den Landesärztekammern auf, Frank Ulrich Montgomery mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben zu beurlauben und ihn bei dem anstehenden nächsten ordentlichen Deutschen Ärztetag umgehend abzuwählen.

Sollte eine solche Abwahl durch Mehrheit der Delegierten nicht erfolgen, fordern wir die Präsidenten unserer Landesärztekammern hiermit ebenfalls auf, ihrerseits zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dieser Arbeitsgemeinschaft der Landesärztekammern auszutreten.

Wir wenden uns schließlich insbesondere auch an die Delegierten des Deutschen Ärztetages, Dr. Montgomery abzuwählen und die anstehenden Verhandlungen mit dem PKV-Verband und den Beihilfevertretern mit einem neuen Vorschlag für eine überarbeitete GOÄ fortzusetzen, damit der von dem Bundesgesundheitsminister erwartete gemeinsame Regelentwurf nun zeitnah eingereicht werden kann.

Herr Montgomery ist jedenfalls schon jetzt umgehend nicht mehr befugt, im Namen der Unterzeichner zu sprechen oder zu verhandeln.

Dr. med. Rüdiger Pötsch

